

Anfrage der UF-LU-Stadtratsfraktion; Flüchtlingsunterbringung

KSD 20151790

**Unabhängige Fraktion LU
Anfrage 2015/07
Flüchtlingsunterbringung**

**Unabhängige Fraktion
Ludwigshafen
UF-LU
Moltkestr. 8
67059 Ludwigshafen**

Unabhängige Fraktion LU • Moltkestr. 8 • 67059 Ludwigshafen

Jörg Matzat • Fraktionsvorsitz
Norbert Grimmer • Stv. Vorsitz
Andreas Hofmeister • Stv.

Vorsitz

Andreas Kühner •

Geschäftsführer

Oliver Sieh

Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse

Ludwigshafen, 21.09.2015

Sehr geehrte Frau Dr. Lohse,

trotz einer generellen Kritik an der Informationspolitik gegenüber den Mitgliedern des Stadtrates und unserer Fraktion, welche Planungen über Notunterkünfte zumeist erst über die örtliche Presse erfährt, wird das Bemühen des Stadtvorstandes gesehen, Flüchtlingen die Übernachtung unter freiem Himmel zu ersparen. Generell ist eine Zeltunterbringung aber auf Dauer keine Lösung und kann allenfalls kurzfristig im Sommer noch eine menschenwürdige Unterbringung leisten.

Unsere Fraktion ist sich der überaus schwierigen Lage durchaus bewusst, vermisst aber nach wie vor eine strategische Ausrichtung und erkennbare Planung des Stadtvorstandes, wie eine integrationsförderliche Unterbringung insbesondere der Flüchtlinge gewährleistet werden kann, die dauerhaft oder auf lange Sicht in Ludwigshafen bleiben wollen oder müssen. Hier bedarf es eines städtebaulichen Konzeptes über sozialen Wohnungsbau sowie die Schaffung der Infrastruktur für Kinder wie KiTa-Plätze, Schulplätze oder auch sozialpädagogische Betreuung.

Die Wohnungsmarktsituation für bezahlbaren Wohnraum in Ludwigshafen ist u.E. bereits jetzt mehr als angespannt. Umso mehr müssen bereits jetzt alle Weichen gestellt werden, um in 2016 und den Folgejahren sozialen Verwerfungen oder dauerhaften Ghattobildungen entgegenzuwirken. Es gibt gute Beispiele wie Speyer, wo der Stadtvorstand konsequent auf eine dezentrale Unterbringung setzt und entsprechende Handlungsoptionen nützt.

Unsere Fragen lauten:

1. Gibt es ein – uns noch nicht bekanntes - Unterbringungskonzept der Stadt, welches perspektivisch die Unterbringung der vielen Menschen in den Focus nimmt und eine Unterbringung mittel- und langfristig vorsieht?

2. Gibt es mittlerweile einen kompletten Überblick über brach liegende Baugrundstücke der Stadt und GAG und deren Eignung? Beispielhaft bietet sich die ehemalige Christian-Weiss-Siedlung u.E. hier ideal an!
3. Gibt es strategische Planungen/langfristiges Konzept für die nächsten 3 Jahre?
4. Wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, bei Mehrfamilienhausverkäufen das kommunale Vorkaufsrecht auszuüben?
5. Wurden in Ludwigshafen bereits Mietangebote für Flüchtlinge von privaten Vermietern seitens der Stadt abgelehnt? Wenn ja aus welchen Gründen und wie viele?
6. Wurden in Ludwigshafen bereits Kaufangebote privater oder öffentlicher Anbieter von Immobilien seitens der Stadt abgelehnt? Wenn ja warum und wie viele? Wir verweisen hier insbesondere auf das Schell-Haus in Lu-Süd!
7. Bei weiter ansteigenden Flüchtlingszahlen befürchtet der Beamtenbund einen Kollaps in Teilen der öffentlichen Verwaltung, insbesondere bei Schulen und Gesundheitsbehörden (Meldung unter www.haufe.de vom 15.09.2015: Beamtenbund warnt vor Behördenkollaps). Was gedenkt der Stadtvorstand zu tun, um in Ludwigshafen einen solchen Kollaps zu verhindern?
8. In einigen städtischen Unterkünften häufen sich die Klagen über unhaltbare hygienische Zustände. Sind dem Stadtvorstand diese Klagen bekannt? Was gedenkt der Stadtvorstand zur Verbesserung der Situation und zur Vermeidung des Ausbruchs von Krankheiten zu tun?
9. Ehrenamtliche Helfer leisten viel Unterstützung für Flüchtlinge. Ehrenamt stößt aber in vielen Bereichen an Grenzen, z.B. bei traumatisierten Flüchtlingen oder praktischen Dingen wie Möbeltransport für Flüchtlingsfamilien. Nach wie vor fehlen angemessene hauptamtlich getragene Strukturen zur Planung, Lenkung und Unterstützung der Helfer und Hilfsangebote. Wann ist hier mit einer Verbesserung zu rechnen?
10. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit stehen einer Kommune Maßnahmen zur Verfügung, diese zu vermeiden. Wird die Stadt diese Optionen wie
 - Beschlagnahme von leer stehenden Gebäuden
 - Zwangseinweisungen in leerstehende Gebäude oder Wohnungen
 - Zwangsanmietungenetc. nutzen?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung unserer Anfrage.

Jörg Matzat
Fraktionsvorsitzender